

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Cornelia Roeckl **3** Die gegenwärtige Situation der Landwirtschaft und Perspektiven einer praktisch-politischen Agrarwende
- Elisabeth Meyer-Renschhausen **12** Vom Boden der uns ernährt
- Marcin Wawrzyn **20** Die polnische Landwirtschaft und die EU-Osterweiterung
- Hans Trein **23** Großgrundbesitz und Landlosenbewegung in Brasilien
- 30** Berichte – Bücher –
Veranstaltungen – Personalle
- 47** 34. Mündener Gespräche

Elisabeth Meyer-Renschhausen:

Vom Boden der uns nährt

1 Wohlstand im Norden – Armut und Hunger im Süden

Auf der Nordhalbkugel der Erde produziert die kapitalintensive, hochindustrialisierte Landwirtschaft staatlich subventionierte Überschüsse an 'billigen' Lebensmitteln – auf der 'unterentwickelten' Südhalbkugel herrscht der extreme Gegensatz von Großgrundbesitz und Landlosigkeit. Die Lebensmittelproduktion erfolgt überwiegend für Markt und Export statt für die Ernährung von Menschen einschließlich der ortsansässigen Bevölkerung. Während mehr als eine Milliarde Menschen, die Armen des Nordens und die Reichen des Südens Übergewicht haben, leiden 800 Millionen, Arme in Afrika, Lateinamerika, Asien und den USA an chronischer Unter-versorgung durch frische, gute Lebensmittel. Täglich sterben rund 24.000 Menschen der Erde an den Folgen von Unterernährung.

Die 'Entwicklungshilfe' der Reichen für die Länder der 'Dritten Welt' erfolgte besonders in den Jahrzehnten des Kalten Kriegs keineswegs nur aus humanitären Motiven. 1964 trat der US-amerikanische Ökonom Theodore W. Schulz im Rahmen der 'Grünen Revolution' dafür ein, traditionelle Art und Weisen von Agrarkultur des Südens durch eine technisierte Landwirtschaft zu ersetzen. Er wollte so die Kleinbauern im Süden in die Zwänge des Handels und der Monetarisierung treiben, letztlich, um die vormals selbständigen Kleinbauern zu Konsumenten westlicher Nahrungsproduzenten zu machen.¹ Die Lebensmittelhilfen wurden zu Gelegenheiten für die USA, ihre enormen Getreideüberschüsse zu 'entsorgen'. Das führte zu Preisverfall und Krisen auf den Märkten des Südens. So erwies sich die 'Entwicklungshilfe' vielfach als eine "Tödliche Hilfe" (Brigitte Erler²), weil sie in vielen Fällen die Existenz einheimischer Kleinbauern vernichtete, indem sie sie von den lokalen Märkten verdrängte. Die 'Entwicklungshilfe' in dieser Gestalt bewirkte oftmals lediglich, ausbeuterische Eliten

in den Entwicklungsländern an die Macht zu bringen und im Namen von Modernisierung und Fortschritt Verelendung und Hunger einzuführen. Jean Ziegler zeigte am Beispiel senegalesischer Erdnussbauern, daß deren Hunger die direkte Voraussetzung für die Profitspannen der Erdnuss Händler ist.³ Würden die Erdnussbauern einen gerechten Entgelt für ihr Produkt bekommen, wäre die Gewinnspanne der Händler bedeutend geringer.

Als Hauptursachen des Hungers im Süden gelten gemeinhin Rückständigkeit und Traditionalismus von Kleinbauern mit vielen Kindern. Dabei wird übersehen, dass extremes Bevölkerungswachstum in der Regel ein Ergebnis von sozialer Desintegration durch unzureichende Bezahlung der Produktion resp. durch den Verlust von Haus und Acker, Vertreibung von einer bestellbaren Anbaufläche war und ist. Sind Menschen erst einmal um Haus und Hof gebracht und vom geheimen Wissen von weisen Alten und Dorfhebammen getrennt, hilft nur noch staatlich organisierte Aufklärung über Methoden der Empfängnisverhütung, um vor unbedacht vielen Kindern zu bewahren. Tatsächlich sind Welthunger⁴ und Bevölkerungsexplosion das Ergebnis einer Politik, die die Bauern von ihrem Land vertreibt und es Lohn- und Landlosen unmöglich macht, von den Produkten der eignen Hände Arbeit zu leben.

2 Kann die UN-Welternährungsorganisation FAO den Nord-Süd-Gegensatz ausgleichen ?

Zuständig für Ernährungsfragen auf Weltenebene ist seit dem Ende des zweiten Weltkriegs die FAO – die "Food and Agricultural Organisation" der UN mit Sitz in Rom. Die FAO soll laut Präambel

1. die Ernährungs- und Lebensstandards der Völker heben,
2. die Effizienz der Produktion und Verteilung

- der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sichern,
 3. die Lebensbedingungen der bäuerlichen resp. ländlichen Bevölkerungen heben und
 4. zu einer Ausweitung der Weltwirtschaft beitragen.

Am 10. Dezember 1948 wurde zudem – in Artikel 25 der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" – das Menschenrecht auf Nahrung normativ verankert, Aushungerung wurde als Völkermord geächtet. Das Recht eines jeden Menschen auf ausreichende Ernährung wurde schriftlich festgehalten.⁵

1970/71 gingen die Getreideüberschüsse der USA infolge von schlechteren Ernten und Preissteigerungen zurück, so dass die armen Länder sehr viel weniger Getreide importieren konnten. Daraufhin wurde 1974 die erste Welternährungskonferenz einberufen. Sie endete mit dem Beschluss, die bisherige Entwicklungshilfepolitik zu revidieren. Im Vordergrund der Nahrungsmittelhilfepolitik sollte nicht länger das Interesse des Nordens an einer Beseitigung von Getreideüberschüssen stehen.⁶ Seither wurde bei der Beschaffung von Nahrungshilfe auch auf die Konsumgewohnheiten der Empfängerländer Rücksicht genommen. Hilfsgüter für Länder Afrikas wurden nunmehr auch in den afrikanischen Nachbarländern der jeweiligen Empfängerländer gekauft.

Ab Mitte der 1980er Jahre stagnierte die Umsetzung der FAO-Beschlüsse zur Ernährungssicherung angesichts der nunmehr eingeläuteten Liberalisierung des – bis dahin – von den Welt handelsabkommen weitgehend ausgenommenen Weltagrarhandels. 1986 wurde das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) in der sogenannten Uruguay-Runde auf den Agrarsektor ausgedehnt.⁷ Nachdem schließlich 1994 auch die Dritte-Welt-Länder in Marrakesch veranlaßt werden konnten, dieses GATT zu unterschreiben, konnten deren Regierungen die eigenen Bauern nicht mehr vor dem Import billiger Lebensmittel schützen.⁸

Bereits die Welternährungskonferenz von 1974 hatte festgestellt, dass dem Hunger, der vor allem Landbewohner des Südens betrifft, nur durch Selbstversorgerlandwirtschaft beizukommen sei. Landreformen wurden als unumgänglich

festgestellt. Die zweite Welternährungskonferenz 1996 in Rom konnte jedoch erst dann stattfinden, als die Länder des Südens und die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) den reichen "Geber"-Ländern versprachen, auf grundsätzliche Beschlüsse zu Landreformen (und Forderungen nach Einschränkungen der Handelsliberalisierungen) zu verzichten.⁹

Stattdessen fordert die FAO – wie übrigens auch die NGOs – "Ernährungssicherung". Als Leitwort auf dem FAO-Gipfel 1996 muss diese Vokabel im Kontext der Beschlüsse aber eher als ein Hinweis darauf verstanden werden, dass es auch der FAO nunmehr lediglich um die "Ausweitung der Weltwirtschaft" geht statt darum, das Recht der Armen auf selbst erwirtschaftete Nahrung zu erkämpfen.¹⁰ Die Rede von der "Welternährung" bedeutet lediglich die statistisch ausreichende Pro-Kopf-Produktion im Weltmaßstab. Garantie der Welternährung bedeutet nicht: "Reduktion der Hungernden".

Das auf der Welternährungskonferenz erkannte Problem bleibt bestehen. Wollte man den Armen den – wie es seit den Studien des Ökonomie-Nobelpreisträgers Amartya Sen heißt – "Zugang (access) zur Nahrung garantieren"¹¹, müsste man ihnen die Selbstversorgung im Rahmen ihrer Kleinlandwirtschaft erhalten bzw. ermöglichen und ihnen Pachtland für neue Kleinstlandwirtschaften zur Verfügung stellen. Man müsste den Armen Arbeit verschaffen. Und man müsste allen ausreichende Löhne zahlen und zwar auch den Landarbeitern, die in der amoralischen Ökonomie der Moderne weder ausreichende Löhne noch Gartenland zur Selbstbestellung erhalten. Die Spätfolgen kolonialer Eroberungszüge müssten durch Bodenreformen rückgängig gemacht werden, statt die bereits extreme Schere zwischen Reichtum und Armut beispielsweise in Südamerika sich noch weiter öffnen zu lassen. In Brasilien verfügten nach dem "Human Development Report" von 1995 die 40 % "lower classes" über 7 % des Einkommens, während die 10 % "upper classes" über 50 % des Einkommens erhielten. Als Minderheit in der Bevölkerung (2,8 %) haben Großgrundbesitzer über 56 % des Bodens in ihren Händen, gegenüber den 89 % Kleinbetrieben, die nur 23,4 % des brasilianischen

nischen Landes beackern können.¹² Trotz des anhaltenden Hungers unter gerade der armen Landbevölkerung werden weltweit immer wieder Kleinbauern durch sogenannte Entwicklungshilfeprojekte – wie etwa Staudamm-Projekte in der Türkei, in Indien, im Amazonas-Gebiet oder in China – um ihr Land, um Haus und Hof gebracht, unzureichend entschädigt und so in den Hunger getrieben.¹³

Trotz des Rückgangs der Lebensmittelproduktion in Afrika sind die Einwohner/innen der meisten afrikanischen Länder noch immer fähig, sich mittels ihrer traditionellen Selbstversorgerlandwirtschaften ohne Hilfe von außen selbst zu ernähren. Genauer weiß man darüber nicht, weil die zu 80 % von Frauen geführten Kleinlandwirtschaften wenige Überschüsse bringen und deshalb statistisch kaum erfasst werden. Nur vage ist bekannt, dass die afrikanischen Subsistenzlandwirtschaften weitgehend ohne Kunstdünger oder westliche Technik auskommen, wie Theo Rauch und andere in zahlreichen Studien etwa in Sambia und anderswo feststellen konnten.¹⁴

Die Ursachen für Hungerkatastrophen sind in der Regel Kriege, gezielte Vertreibungen und gewolltes In-den-Hunger-treiben als Mittel der Politik. Umweltbedingte zeitweilige Hungerkrisen können viele afrikanischen Völker noch immer zu guten Teilen mit eigenen Mitteln bewältigen, wie die Kel Ewey-Tuaregs in der Sahelzone in den frühen 1980er Jahren bewiesen.¹⁵ Auch in Afrika erfordert (wie im Europa des 19. Jahrhunderts) eigentlich erst das rasante Wachstum der großen Städte eine Erhöhung des Ertrags der jeweiligen nationalen Landwirtschaft. Jedoch können große Teile der afrikanischen Städter/innen nicht viel kaufen; sie tendieren daher im Fall niedriger Lohneinkommen zu städtischer Selbstversorgerlandwirtschaft, urban agriculture. Sie können sich nicht ausschließlich auf die städtischen Lebensmittelmärkte verlassen.¹⁶

Das Konzept "Ernährungssicherung" war mit seiner einseitigen Betonung der Wirtschaft lange Zeit ein Diskurs der Ökonomen, der dem Ziel der Marktausweitung zugunsten der multinationalen (Lebensmittel-)Konzerne diente, verbrämt mit bevölkerungspolitischen Argumenten. Die Frage nach der Welternährung ist aber spätestens in

den 1970er Jahren von der Dritte-Welt-Bewegung übernommen worden. Die in ihrem Rahmen agierenden NGO-Gruppen erinnern an das Menschenrecht auf ausreichende Ernährung, wie es die Satzung der FAO 1946 festgelegt hatte. Diese NGOs – zum Beispiel Worldwatch, Germanwatch, der Weltfriedensdienst oder FIAN und Via Campesino – halten an der bereits 1974 auf der FAO-Konferenz in Rom angesprochenen Notwendigkeit fest, dieses Recht nicht durch eine Ausweitung der angeblich 'freien' Märkte zu erreichen, sondern für die Einkommensarmen den ihnen – rechtlich in zahlreichen Ländern auch zustehenden – Zugang zum Land herzustellen.¹⁷ Die Landlosenbewegungen in Südamerika, besonders in Brasilien, erinnern uns daran immer wieder. Entsprechende Forderungen stellten auch die Landfrauen des Südens, vor allem die Frauen aus Afrika, auf dem Weltfrauentag 1995 in Peking.¹⁸ Sie zeigten sich überzeugt, dass sich die Not afrikanischer Frauen und Kinder drastisch reduzieren ließe, wenn ihnen – wie in vorkolonialen Zeiten in der Regel durch ungeschriebenes Recht garantiert – der Zugang zum Land verschafft würde. Er wurde ihnen in der Regel erst durch die Einführung des europäischen Rechts zunehmend erschwert. Das europäische Recht ist – nach römischem Vorbild – auf einen männlichen Haushaltsvorstand ausgerichtet und bevorzugt deshalb einseitig Männer als angebliche "Ernährer" der Familie, obwohl sie das in den afrikanischen Bauernfamilien nie waren. Lutgarde Creemers zeigt diese Entwicklung am Beispiel Nairobis, Rita Schäfer am Beispiel Zimbabwe und anderen Ländern des südlichen Afrika und zahlreiche weitere Autorinnen zeigen das an anderen Ländern Afrikas.¹⁹ Gefördert werden soll die verkaufsorientierte Landwirtschaft, besonders die exportorientierte Agrarwirtschaft, da lediglich diese dem Staat Devisen einbringt und besteuert ist. Angesichts dieses Sachverhalts erweist sich die Frage nach der Welternährung als zumindest eine ethische Frage, bzw. genau genommen, als eine politische Frage.

3 Kleinlandwirtschaft und Gärten als 'weibliche' Ökonomie

Bei der Frage nach der Welternährung geht es letztlich auch um eine Entscheidung zwischen einer weiteren Förderung der von Männern dominierten multinationalen Lebensmittelkonzerne des Nordens und der bislang überwiegend von Frauen getragenen Selbstversorgungswirtschaft des Südens.

Lange Zeit hielten Entwicklungstheoretiker die Subsistenzökonomie des Südens für etwas Rückschrittliches. Entsprechende Phänomene im Norden wurden als 'Überbleibsel' belächelt und zu einer bloßen Dekoration des städtisch-industriellen Wohlstands stilisiert. Die Überlebensnotwendigkeit von Kleinlandwirtschaft und Gärten wird erst heute neu entdeckt. In Afrika dienen sie dem unmittelbaren Überleben, während sie etwa in New York eine gemeinschaftliche Aktion gegen Verwahrlosung und soziale Desintegration in benachteiligten und verkommenen Stadtteilen sind. In West- wie Osteuropa bieten Kleinlandwirtschaften und Gärten – zumal auf dem Lande – einen Halt in Zeiten von Erwerbslosigkeit, des wirtschaftlichen Umbruchs oder anhaltender ökonomischer Dauerkrisen. In fast komplett erwerbslos gewordenen Dörfern Ostdeutschlands werden die subsistenzorientierten Kleinstlandwirtschaften oder Gärten für zahlreiche Menschen zum Trost, einzigen Betätigungsfeld und Lebensinhalt. Von Afrika bis Russland, von Amerika bis Indien sind Gärten daher nicht mehr eine bloß ländliche Realität, die von den Behörden und der industriellen Landwirtschaft ignoriert, verdrängt oder auch toleriert wird. Sondern als "urban agriculture" wird das Phänomen zunehmend als notwendige städtische Realität anerkannt. Inmitten des weltweiten Prozesses einer noch fortgesetzten Verstädterung beobachten wir das Schrumpfen und Verwildern ganzer Stadtteile. So lässt sich inmitten großer Städte wie auch an ihren Rändern eine deutliche Re-Ruralisierung beobachten.²⁰ Von Afrika bis Osteuropa bedeutet Hortikultur Basis der Selbstversorgung. Die Wirtschaftsgärten werden damit zugleich Grundvoraussetzung für den sozialen Zusammenhalt von

Nachbarschaften und Familiennetzwerken und andere Formen sozialer Organisation.²¹ Hinzu kommt, dass sie den Menschen in Zeiten, in denen sich die menschliche Arbeit selbst in der Landwirtschaft weit von der Natur entfernt hat, neue Möglichkeiten der körperlichen Bewegung und der Sinneserfahrungen unter freiem Himmel statt in Großraumbüros eröffnet. In Nordamerika vielleicht stärker als bei uns sind sie praktische Kritik am einseitigen Angebot vorgekochter Lebensmittel in den Supermärkten und sind der praktische Beitrag von Jugendlichen und Frauen zur nachhaltigen Entwicklung. Für die "working poor" Nord- und Südamerikas sind Gärten die einzige Möglichkeit, an frisches Gemüse oder Kräuter zu kommen. So werden Gärten zu Orten einer Art friedlichen Widerstands gegen die renditeorientierte Monopolwirtschaft, nicht unähnlich ihrer Rolle als Versteck für politisch Verfolgte in Zeiten von Gewaltherrschaft und Krieg.

Wie kam es zu dieser Verdrängung der Subsistenzökonomie? 'Haus und Hof' gehörten einschließlich des Gartens ('Hof') bis in die frühe Neuzeit zu den Grundelementen der Wirtschaft. Das persische Wort "Paradies" bedeutete ursprünglich einfach "Garten" als ein Stück kultiviertes, bewässertes und schützend eingehegtes Stück Land. Das vom griechischen "oikos" abgeleitete Wort "Ökonomie" meinte ursprünglich das "ganze Haus" von sich selbst versorgenden einzelnen Familien resp. Haushaltsgruppen, die sich im Dorfverband zugleich über Austauschbeziehungen gegenseitig helfen. Im Zuge des Aufstiegs des Kapitalismus und der Geldwirtschaft geriet die häusliche Arbeit in den Schatten der den Männern zugeschriebenen außerhäuslichen Erwerbsarbeit. Kleinlandwirtschaft und Gärten verschwanden aus dem öffentlichen Diskurs und führten fortan eine Art heimliche Existenz in den Nischen der informellen Ökonomie. Auch die Agrarwissenschaften blendeten die Haus- und Subsistenzwirtschaft gedanklich aus, weil sie die Landwirtschaft in der Nachfolge des Gründers der Agrarwissenschaften Albrecht Daniel Thier (ab 1812) ausschließlich als marktorientiertes Gewerbe betrachtete. Den Staat als gewissermaßen "Auftraggeber" der Wissenschaften vom Landbau interessieren – zumal im lange noch

agrarisch dominierten 19. Jahrhundert – nur besteuerbare, gewerbliche Tätigkeiten. Besonders seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert brauchte der Staat immer mehr Geld, um Armeen und Gendarmerien, Verwaltung und Kolonialtruppen einrichten, unterhalten und vergrößern zu können. Um die verkaufstorientierte Großlandwirtschaft zu unterstützen, förderte der Staat wie etwa Preußen im Rahmen der sogenannten Bauernbefreiung ab 1813 die Aufhebung der Allmenden und Gemeindeländereien. Diese "Privatisierungen" der frühen Neuzeit oder in Preußen erst des frühen 19. Jahrhunderts gehörten zu den Voraussetzungen für den Aufstieg der industriellen Produktion in den modernen militarisierten Nationalstaaten. Das unrentable und darum als 'unproduktiv' geltende 'private Leben' fiel als 'betriebswirtschaftlich unerheblich' aus dem öffentlichen Diskurs heraus. Die Haus- und Subsistenzarbeit von Frauen wurde – als angeblich volkswirtschaftlich nicht relevant – zu einer Art Triebtätigkeit aus Liebe umstilisiert.²²

Die Rolle der unbezahlten Hausarbeit bewusst zu machen und zu betonen, war das Hauptanliegen der Frauenbewegung des späten 19. Jahrhunderts. Parallel dazu traten Boden- und Lebensreformer für eine Politik ein, die sich der Bodenspekulation entgegenstellt²³, städtisches Grün erhält und dafür eintritt, den Armen ihre Kleinlandwirtschaften und Gärten zu erhalten, statt Selbstversorgung und Eigenarbeit durch die Marktökonomie zu verdrängen.

Erst in jüngerer Vergangenheit führte die von der neueren Frauenbewegung in Gang gebrachte Debatte um den gesellschaftlichen Wert der Hausarbeit in den Sozialwissenschaften zu jenem Paradigmenwechsel, der die Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit überhaupt erst wieder bewusst werden ließ.²⁴ Die Entwicklung einer "Subsistenzperspektive" als Gegenbild zur bloßen Marktausrichtung heutiger Entwicklungshilfepolitik ist wesentlich der Einbeziehung von Erfahrungen von Frauen in den Ländern des Südens zu verdanken.²⁵ Noch immer ist nämlich die Mehrheit der Menschheit agrarisch tätig. Und zu nahezu zwei Dritteln sind es Frauen, die die Kleinlandwirtschaften und Gärten weltweit betreiben, bis hin in die städtische Landwirtschaft Afrikas.

Jede Entwicklungspolitik sollte deshalb hieran anknüpfen und die rechtlichen Voraussetzungen für eine die Familien ernährende Kleinlandwirtschaft in Stadt und Land schaffen. Dazu gehört eine Überwindung des vor allem die Frauen systematisch benachteiligenden Großgrundbesitzes in Afrika, Lateinamerika und Asien. Es darf nicht länger 'rechtsens' sein, dass zum Beispiel Gemeindewälder in Indien an Großgrundbesitzer überschrieben werden, so dass die landlosen Landbewohner/innen das Recht verlieren, im Wald Früchte und Feuerholz zu sammeln oder ihre Tiere weiden zu lassen.²⁶ Sobald für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie für Landlose ein gerechter Zugang zum Land und zu einfachen Betriebsmitteln geschaffen wird, kann eine durchaus wirtschaftliche Kleinlandwirtschaft entstehen, die auch umweltverträglicher wäre als Großplantagen etwa mit Soja- oder Bananen-Monokulturen, die generell zur Verwüstung der Erde beitragen, wie jegliche Großlandwirtschaft, auch in den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Immerhin war die früher in den osteuropäischen Ländern des 'real existierenden Sozialismus' vielfach nebenbei betriebene private Kleinlandwirtschaft annähernd zehnmal so produktiv wie die Kolchosen-Großlandwirtschaft.

Es ist ein Zeichen von Verblendung nicht anzuerkennen, dass weltweit die privat oder auch in Kooperativen betriebene Kleinlandwirtschaft auf der Grundlage gesicherter Landnutzungsrechte ebenso wie die bislang im Norden nur in kleinem Rahmen betriebene Bio-Landwirtschaft produktiver arbeiten können als die konventionelle, noch mittels der Gentechnologie privatisierte, durch Saatgutpatente der Life-Industry monopolisierte Landwirtschaft, weil sie weniger 'Input' in Form von energieverbrauchenden und umweltzerstörenden Dünge- und Futtermitteln sowie Pestiziden und Tierarzneien erfordert. Die traditionelle wie die ökologische Kleinlandwirtschaft, die ihre Erzeugnisse auf regionalen Märkten absetzt, kann effektiver wirtschaften als die großindustriell betriebene konventionelle Landwirtschaft, die sich zu 90 % durch Subventionen von der Europäischen Union aushalten lässt.

4 Verschwindet der Boden?

Ein trockener Sommer, ein kurzes Gewitter oder ein tüchtiger Wind: Sandstürme fegen die Böden Nordostdeutschlands in die Luft; die Ackerkrume fliegt davon, wie zuweilen in der Nordost-Uckermark, wo man manchmal kaum 50 Meter weit sehen kann. Dies ist eine Folge einer Agrarwirtschaft, die 200 ha zu einem einzigen Acker gemacht hat und dabei keine Hecke oder Feldraine stehen ließ. Nach den Berechnungen und Beobachtungen des World Watch Instituts in Washington sind seit 1945 erhebliche Anteile der extrem großräumig bewirtschafteten Mutterböden Nordamerikas unweigerlich verloren; sie sind buchstäblich davon geflogen. Diese Boden-erosion ist die Folge einer primär auf die Gewinnmaximierung orientierten Landwirtschaft. Zunehmend wird aber auch die Selbstversorgung von Subsistenzbauern des Südens infolge von Bodenerosion und anderen Umweltschäden erschwert oder sogar ganz unmöglich gemacht.²⁷ Diese Verwüstungen fruchtbarer Böden sind eindeutig Folgen einer falschen Politik, die unfähig ist in die Zukunft zu blicken und einseitig auf die Förderung einer großräumigen Landwirtschaft setzt und damit immer weiteren Verwüstungen und Klimaänderungen sowie der Versalzung der Böden ebenso Vorschub leistet. Dabei ist weltweit unbestritten, dass in aller Regel der traditionelle, auf Selbstversorgung ausgerichtete Landbau sehr viel schonender mit den Böden umgeht und in der Regel eine auf die Versorgung von Generationen ausgerichtete Fruchtfolge beachtet, um die Böden zu schonen. Kleine Felder, Hecken und Baumpflanzungen waren selbstverständlich. Heute ist es wichtig, die traditionellen Landbaumethoden des Südens als ähnlich nachhaltige anzuerkennen wie den Ökolandbau des Nordens, um den Kleinbäuerinnen und Kleinbauern der Dritten Welt die notwendige Anerkennung und Unterstützung zukommen zu lassen. Bislang besteht sogar die Gefahr, dass sich die – durch Lobbygruppen gedeckelte – Politik der Agrarwende ungewollt gegen die Kleinlandwirtschaften Osteuropas und der Entwicklungsländer wenden könnte. Entwicklungspolitische Gruppen wie der Weltfriedens-

dienst, FIAN oder etwa der Evangelische Entwicklungsdienst äußerten bereits Bedenken, dass die Agrarwende des Nordens auf Kosten der kleinen Landwirtschaft des Südens gehen könnte. Tausende von Bäuerinnen und Bauern, die in Osteuropa noch traditionell mit Pferd und Wagen und ohne den Einsatz teurer Pestizide arbeiten, fürchten begründetermassen durch eine Öffnung der Märkte in massive Schwierigkeiten zu kommen. Für kleine Bauern unerschwinglich teure Hygieneauflagen der Europäischen Union und westliche Biolandstandards stellen derzeit ebenfalls eine Existenzgefährdung für etwa 80% der Bauern Polens dar.

In der traditionell kleinbäuerlichen Landwirtschaft sowohl des Südens wie des Ostens wird ressourcenschonender und 'ökologischer' gewirtschaftet als in der konventionellen resp. industriellen Landwirtschaft des Nordens, wenn auch nicht nach den Richtlinien des modernen europäischen Ökolandbaus. (Dies entbindet die Kleinbauern allerdings nicht von der Pflicht, sich kritisch mit den zugekauften Futtermitteln und mit der Politik ihrer Verbände auseinander zu setzen, wenn sie nicht wie die Milchbäuerinnen des Allgäus Opfer etwa der BSE-Krise resp. ruchloser Panschereien seitens der Futtermittelindustrie werden wollen.) Davon abgesehen sind Kleinbetriebe grundsätzlich weniger auf Verschwendung angelegt als Großbetriebe, die mit ihrer Wirtschaftsweise der Kleinlandwirtschaft – nicht nur in Indien – buchstäblich das Wasser abgraben.

Zwar behaupten die Agrarkonzerne, dass die Produktivität der traditionellen und ökologischen Landwirtschaft nicht ausreicht, um den Hunger zu überwinden und die Welternährung zu sichern. Aber der Hunger in der Welt ist eben nicht Ursache eines globalen Mangels an Lebensmitteln, welcher nur durch den Einsatz von noch mehr künstlichen Dünge- und Futtermitteln, Pestiziden und Tierarzneien überwunden werden könnte, sondern der Hunger ist Folge von monopolisierten Märkten und Preisen, die für arme Menschen unerreichbar und unerschwinglich sind. Erinnert sei hier nur an die Sojaexporte aus Brasilien bei gleichzeitigem Hunger von Landlosen und Straßenkindern in diesem Land.

Neben der unabdingbaren Notwendigkeit, den Menschen des Südens durch Landreformen einen gerechten Zugang zum Land zu verschaffen, verweist Bernward Geier von der Internationalen Vereinigung Biologischer Landbaubewegungen (IFOAM) auf eine Studie von Vandana Shiva über die Produktivität unterschiedlicher Betriebsgrößen: "Die geldbezogene Produktivität von landwirtschaftlichen Betrieben bis 10 ha liegt in Brasilien bei 65 Euro pro Hektar, während sich die Produktivität einer 5000 ha großen Farm auf etwa 1,50 Euro pro Hektar beläuft. In Indien liegt die Produktivität einer bis zu 2 ha großen Farm bei über 1800 Rupien pro Hektar, bei einem vergleichbaren 15-Hektar-Betrieb dagegen lediglich bei 850 Rupien pro Hektar."²⁸ Versuche mit dem Gemüseanbau in Indonesien, Teeanbau in Indien und Bananenanbau in der Dominikanischen Republik haben außerdem gezeigt, dass sich die Produktivität der traditionellen Anbaumethoden noch beträchtlich erhöhen lässt, wenn ökologische Anbaumethoden wie Mischkulturen, Kompostierung, Gründüngung und Mulchen einbezogen werden. Durch Umstellung von einer ohnehin gesünderen vorwiegend pflanzlichen Ernährungsweise gegenüber der fleischlichen Ernährungsweise kann die Überbeanspruchung der Böden durch Getreideanbau für die Viehfütterung beendet werden. Damit wäre die Gefahr zumindest weiterer Verwüstung etwas gebannt und die Getreideernten der Welt stünden vermehrt den Menschen statt dem lieben Vieh zur Verfügung. Welthunger ist ein Verteilungsproblem und insofern ein politisches Problem. Denjenigen, denen man keine ausreichenden Löhne garantieren kann, muss man – wie in Brasilien oder den USA rechtlich verbrieft – Land zum Eigenanbau verschaffen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu u.a. José Lutzenberger; Franz-Theo Gottwald, Wege aus der Ernährungskrise, Frankfurt a.M. 1999; Bernhard Heindl, Einwärts – Auswärts, Vom Hegen der Erde, Innsbruck 1997; Al Imfeld, Hunger und Hilfe – Provokationen, Zürich 1985, S. 135 und 150.
- 2 Brigitte Erler, Tödliche Hilfe, Freiburg/Br. 1985, 11. Auflage 1988.–Randolf Braumann (Hg.), Afrika wird totgefüttert – Plädoyer für eine neue Entwicklungspolitik, Hamburg und Zürich 1986.
- 3 Jean Ziegler, Wie kommt der Hunger in die Welt?, München 3. Auflage 2000, S. 113–117.

- 4 Ulrich Oltersdorf und Lioba Weingärtner, Handbuch der Welt-ernährung, Bonn 1996.
- 5 Christine Breining-Kaufmann, Hunger als Rechtsproblem – Völkerrechtliche Aspekte des Rechts auf Nahrung, Zürich 1990, S. 57–58.
- 6 Martin Wolpold-Bosien, Die andere Eroberung – US-amerikanische und europäische Agrarexportpolitik und ihre Folgen für den Hunger im Süden der Welt (hrsg. Von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und von FIAN – Food First Informations- und Aktionsnetzwerk, Herne und Rheda-Wiedenbrück 1999, S. 117 ff.
- 7 Maria Mies, Frauen, Nahrung und globaler Handel (hrsg. Vom Institut für Theorie und Praxis der Subsistenz), Bielefeld 1996.
- 8 Mehr dazu siehe u.a. Michael Windfuhr, u.a. in: Welternährung durch Ökolandbau? a.a.O., S. 183–209
- 9 Jochen Donner, Uschi Eid und H. Jochen de Haas, Der Welternährungsgipfel – ein Roundtable-Gespräch, in: Spektrum der Wissenschaft Dossier Nr. 2 / 1997, S. 108–114.
- 10 Martina Kaller-Dietrich, Das Recht auf Ernährung, in: Öster reichisches Lateinamerika-Institut (Hg.), Recht auf Entwicklung?, Wien 1998.
- 11 Amartya Sen, Poverty and Famines – An Essay on Entitlements and Deprivations, Oxford 1981.
- 12 Dieter Metzner, Ernährungssicherheit oder Ernährungssouveränität, in: Welternährung zwischen Überfluss und Hunger (hrsg. vom Katalyse-Institut für angewandte Umweltforschung), Köln 1987, S. 26–29.
- 13 Maria Mies, Moral Economy und Subsistenz-Perspektive im Norden und Süden, in: Zeitschrift für Sozialökonomie Nr. 118 (1998), S. 15–25. – Ruth Klingebiel und Shalini Randeria (Hg.), Globalisierung aus Frauensicht – Bilanzen und Visionen, Bonn 1998.
- 14 Theo Rauch, Food Security in the Context of Global Markets, Agricultural Policy and Survival Strategies, in: Uwe Kracht and Manfred Schulz, Food Security and Nutrition – The Global Challenge, Münster and New York 1999, S. 107–129.
- 15 Gerd Spittler, Handeln in der Hungerkrise – Tuaregnomaden und die große Dürre von 1984, Opladen 1989.
- 16 Friedhelm Streiffeler, Landwirtschaft in der Stadt – Das Beispiel Afrika, in: Elisabeth Meyer-Renschhausen und Anne Holl (Hg.), Die Wiederkehr der Gärten – Kleinlandwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung, Innsbruck 2000, S. 64–82.
- 17 Stefan Ofteringer, Agrarreformen als Instrument der Ernährungssicherung, in: Waldemar Schindowski und Elisabeth Voß (Hg.), Jahrbuch Nachhaltiges Wirtschaften I, Neu-Ulm: AG SPAK, 2001, S. 125–132.
- 18 Kerstin Lanje, Subsistenzökonomie und Ökolandbau – Die Alternative zur Globalisierung?, in: Agrarbündnis e.V. (Hg.), Der kritische Agrarbericht, Bielefeld 1996, S. 99–103.
- 19 Lutgarde Creemers, Städtische Landwirtschaft und Landnutzungsrechte am Beispiel Nairobi, in: Die Gärten der Frauen – Zur sozialen Bedeutung von Kleinlandwirtschaft in Stadt und Land weltweit, für die Arbeitsgruppe Kleinlandwirtschaft hrsg. von Elisabeth Meyer-Renschhausen, Renate Müller und Petra Becker, Herbolzheim 2002, S. 71–84; Rita Schäfer, Hausgärten und Gartengruppen von Frauen in Zimbabwe und Sierra Leone, in: Die Gärten der Frauen, a.a.O., S. 99–112
- 20 Nico Bakker, Marielle Dubbeling, Sabine Gündel, Ulrich Sabel-Koschella und Henk de Zeeuw, Growing Cities – Growing Food. Urban Agriculture on the Policy Agenda (hrsg. Von der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung, Feldafing 2000.
- 21 Heide Inhetveen, Hortikultur – Abbild der Informellen Ökonomie und Vorbild für vorsorgendes Wirtschaften, in: Elisabeth Meyer-Renschhausen, Renate Müller und Petra Becker, hrsg., Die

- Gärten der Frauen – Zur sozialen Bedeutung von Kleinlandwirtschaft in Stadt und Land weltweit, Herbolzheim 2002, S. 17–29; Dies., Von der "Hausmutter" zur "Mithelfenden Familienangehörigen" – Zur Stellung der Frauen in Agrartheorien, Bad Windsheim 1986, S. 109–121.
- 22 Ausführlicher bei Elisabeth Meyer-Renschhausen, Kleinlandwirtschaft und Gärten als "weibliche" Ökonomie – in: Die Gärten der Frauen, a.a.O., S. 1–16 sowie bei Gisela Bock und Barbara Duden, Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus, in: Frauen und Wissenschaft – Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen, Berlin 1977, S. 118–199.
- 23 Elisabeth Meyer-Renschhausen, Hauptströmungen in der älteren und neueren Frauenbewegung, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 118. Folge (1998), S. 3–14. – Dies., Bodenrechtsreform – Von den Anfängen bis zur Gegenwart, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 120. Folge (1999), S. 3–9.
- 24 Barbara Duden und Karin Hausen, Zukunft der Arbeit – Chancen für eine Tätigkeitsgesellschaft?, in: Annette Kuhn und Gerhard Schneider, Frauen in der Geschichte, Düsseldorf 1978, S. 11–33. – Gerd Mutz, Strukturen einer neuen Arbeitsgesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. 9/1999, S. 3–11. – Ulrich Beck, Schöne neue Arbeitswelt, Frankfurt und New York 1999.
- 25 Veronika Bennholdt-Thomsen und Maria Mies, Eine Kuh für Hilary – Die Subsistenzperspektive, München 1997.
- 26 Bina Argawal, Geschlechterfrage und Umwelt – Anregungen aus Indien, in: Ruth Klingebiel und Shalini Randeria (Hg.), Globalisierung aus Frauensicht, Bonn 1998, S. 239–293.
- 27 Lester R. Brown, Tough Choices – Facing the Challenge of Food Scarcity, New York 1996; Worldwatch Institute Report in Kooperation mit Germanwatch, Zur Lage der Welt 2002 – Zukunftsfähige Gestaltung der Globalisierung, Strategien einer nachhaltigen Klimapolitik, Frankfurt a.M. 2002.
- 28 Bernward Geier, Von Ernährungssicherung, fairem Welthandel und nachhaltiger Esskultur, in: Elisabeth Meyer-Renschhausen, Julia Kemna und Renate Müller (Hg.), Welternährung durch Ökolandbau?, Berlin 2002, S. 222–223.

"Man untersuche, wie eine Gesellschaft mit ihrem Grund und Boden verfährt, und man wird zu recht zuverlässigen Schlüssen über ihre wahrscheinliche Zukunft gelangen."

"Die richtige Verwendung von Grund und Boden stellt kein technisches oder wirtschaftliches, sondern in erster Linie ein metaphysisches Problem dar. ... In unserer Zeit kommt die Hauptgefahr für den Boden (und damit nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für unsere Kultur insgesamt) von der Entschlossenheit des Städters, die Grundsätze der Industrie auf die Landwirtschaft anzuwenden. ... Es ist nun einmal das grundlegende 'Prinzip' der Landwirtschaft, dass sie mit Leben zu tun hat. Ihre Erzeugnisse sind die Ergebnisse von Lebensprozessen und ihr Produktionsmittel ist der lebende Boden. ... Das Ideal der Industrie besteht in der Ausschaltung des lebendigen und auch des menschlichen Faktors und darin, den Produktionsprozess den Maschinen zu überlassen. ... Die Fachleute nehmen die metaphysische Position des simpelsten Materialismus ein, für den die mit Geld bewerteten Kosten und das in Geld ausgedrückte Einkommen die entscheidenden Kriterien und bestimmenden Größen menschlichen Tuns sind. Bei dieser Betrachtungsweise hat die lebende Welt keine Bedeutung – außer der, gleichsam wie ein Steinbruch ausgebeutet zu werden. ...

Wir wissen heute zu viel von der Ökologie, als dass wir eine Entschuldigung für den Missbrauch hätten, der gegenwärtig am Boden, an den Tieren, bei der Lagerhaltung und der Verarbeitung der Nahrungsmittel geübt wird. Wenn wir das weiterhin zulassen, geschieht das nicht, weil wir es uns nicht leisten könnten, dem Einhalt zu gebieten. Es liegt daran, dass unsere westliche Gesellschaft keine festen meta-wirtschaftlichen Wertmaßstäbe hat. Wo aber solche Maßstäbe nicht bestehen, kommt die Rentabilitätsbetrachtung an die Macht. ... Unser Verhalten dem Boden gegenüber kann sich erst dann wirklich ändern, wenn zuvor ein großes Maß an philosophischer Veränderung stattgefunden hat."

E. F. Schumacher, Die Rückkehr zum menschlichen Maß – Alternativen für Wirtschaft und Technik ("Small is beautiful"). Reinbek bei Hamburg 1977, S. 93–106.